

Konferenz von KAS und der Yeo-Myung School“ zu „Junge Menschen im kulturellen Konvergenzprozess von Gesellschaften in Systemtransitionen“

Gastvortrag: „Deutsche Erfahrungen beim Zusammenwachsen der Bildungssysteme von Ost und West“

Jürgen Scharf MdL (Sachsen-Anhalt)
anschließend Diskussion und Fragen

Bearbeitungsstand: 28.08.2014

Anrede,

„Habt keine Angst“, riefen die Redner auf den Montagsdemonstrationen der friedlichen Revolution 1989/90 den Teilnehmern zu.

„Habt keine Angst“, sprachen sich die Demonstranten untereinander Mut zu.

„Habt keine Angst“, sagten sie zu den Funktionären und Unterstützern des alten Systems. „Wenn ihr keine Schuld auf euch geladen habt, werdet auch ihr euren Platz in der neuen Gesellschaft finden.“

Und – „Fast allen wird es besser gehen als heute.“

Die sozialistische Diktatur wurde nicht von außen gestürzt. In einem weltgeschichtlich günstigen Moment, einem wohl nur kurz offen stehenden Zeitfenster, stürzte die eigene Bevölkerung die Machthaber vom Thron. Ich weiß nicht, ob dies auch gelungen wäre, wenn Gorbatschow mit der Perestroika nicht versucht hätte, die Sowjetunion umzubauen, zu demokratisieren. Ich persönlich hatte immer große Furcht vor einem neuen Krieg in Deutschland und damit in ganz Europa.

Anrede,

vielen Dank für Ihre freundliche Einladung zur Konferenz. Gerne will ich versuchen, einige Erfahrungen und Erkenntnisse hier vorzutragen. Ob und in welchem Ausmaß sie auf Ihre Situation übertragbar sind, weiß ich nicht. Dies werden Sie selber zu entscheiden haben.

Zum besseren Verständnis: Ich bin Jahrgang 1952 und im Osten Deutschlands, also der ehemaligen DDR, in einer Kleinstadt mit circa 20.000 Einwohnern, fünf Kilometer von der innerdeutschen Grenze entfernt, aufgewachsen. Ich entstamme einem christlichen Elternhaus und trage bis heute in einer Kirche Verantwortung, im Ehrenamt. Alleine schon wegen meines christlichen Glaubens stand ich immer mehr oder weniger im Konflikt mit dem atheistisch geprägten kommunistischen Staat. Ich war aber kein Widerstandskämpfer, nur jemand, der versuchte, einigermaßen anständig und ehrlich durchs Leben zu kommen. In der evangelischen Kirche prägten wir damals die Formel, dass wir uns auf dem beschwerlichen Weg „zwischen Anpassung und Verweigerung“¹ befanden.

¹ Zwischen Anpassung und Verweigerung, Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 1995

Schon als Schüler spürten wir täglich, dass es Lehrerinnen und Lehrer gab, die knallhart die kommunistische Linie vertraten und von den Schülern auch einforderten. Und andere Lehrer wiederum versuchten, hauptsächlich nur guten fachlichen Unterricht zu machen und die Politik aus dem Unterricht möglichst herauszuhalten.

Die kommunistische Diktatur ließ in den gut 40 Jahren ihrer Existenz recht unterschiedlich weite Spielräume für Andersdenkende zu. Konnte man in den 50iger und 60iger Jahren noch für einen politischen Witz für Jahre ins Gefängnis kommen, so war das in den 70iger und 80iger Jahren nicht mehr so. In mindestens zwei Dritteln des Gebietes der DDR konnte man das westliche Fernsehprogramm empfangen, Rundfunk überall. Jedoch schärfte mir meine Mutter, die selber Lehrerin war, als Kind ein, niemandem zu erzählen, dass wir zu Hause Westfernsehen sehen, weil sie sonst umgehend ihre Arbeit verlieren würde. Aber in vielen Betrieben waren in den 80iger Jahren diejenigen isoliert, die beim morgendlichen Frühstück nichts über das gestrige Fernsehprogramm des Westfernsehens berichten konnten.

Ich selber konnte eine erweiterte Oberschule, eine „high school“, besuchen, anschließend Mathematik studieren und danach in der angewandten Forschung auf dem Gebiet der Lacke und Farben arbeiten. Freilich musste auch ich für 18 Monate einen Grundwehrdienst in der Nationalen Volksarmee, der NVA, und danach mehrfach Reservistendienste ableisten. Diese Zeiten habe ich in keiner guten Erinnerung.

Anrede,

ich nähere mich nun mehr und mehr der Schule. Man sagt, dass die Schule in der DDR neben der Armee das am konsequentesten zentralistisch und kommunistisch ausgerichtete Teilsystem des Staates war. Ich teile diese Einschätzung. Gleichwohl erfolgte die schulische Ausbildung, hauptsächlich in den mathematisch naturwissenschaftlichen Fächern, auf einem hohen fachlichen Niveau. Die Fremdsprachenfächer hatten es schwerer, weil die Lehrer nur unter Schwierigkeiten Auslandskontakte pflegen konnten. Hauptfremdsprache war Russisch, von den meisten Schülern wenig geliebt, gefolgt von Englisch. In weitem Abstand folgte Französisch. Alle anderen Fremdsprachen waren marginalisiert.

Kunst und Musik wurden unterrichtet, spielten aber eher eine untergeordnete Rolle. Freilich gab es hierfür auch Spezialschulen.

Pflicht für alle war der sogenannte „Staatsbürgerkundeunterricht“. Er war nur zum geringeren Teil Wissensvermittlung. Er war hauptsächlich die Vermittlung der offiziellen Staatsideologie. Jeder Lehrer, der dieses Fach unterrichtete, musste Mitglied der Einheitspartei, der SED, sein.

Die Ministerin für Volksbildung war die Ehefrau des Generalsekretärs des Zentralkomitees (ZK) der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), also des obersten Machthabers im Staate.

Anrede,

bei dieser Zustandsbeschreibung war es kein Wunder, dass eine der ersten Forderungen der friedlichen Revolution die Forderung nach einer Demokratisierung der Schule war. Nur, wie war diese umzusetzen, da ja fast alle in den Schulen

vorhandenen Lehrer, nur noch Lehrer sein konnten, weil sie sich bei Strafe der Entlassung mehr oder weniger „angepasst“ hatten? Auf die Schulverwaltungen traf diese Einschätzung in noch viel stärkerem Maße zu.

Wie sollte nun der anfangs zitierte Satz der friedlichen Demonstrationen von 1989 „Habt keine Angst“ in praktische Schulpolitik umgesetzt werden?

Viele Lehrerinnen und Lehrer waren selber froh, nun den kommunistischen, ideologischen Ballast abschütteln zu können. Sie wollten nun selber eine ideologiefreie Schule. Freilich nahm man dies nicht allen Lehrern ab. Eine ganze Reihe von Lehren wurde wegen ihres früheren Verhaltens als unglaubwürdig und als „belastet“ eingeschätzt. Staatsbürgerkundelehrer, die nur dieses Fach unterrichtet hatten, wurden grundsätzlich als ungeeignet eingestuft. Vielerorts gab es örtliche Überprüfungskomitees, die bestimmte Lehrer als untragbar bezeichneten und ihre Entlassung forderten. Dies geschah auch teilweise, freilich auf z.T. rechtlich unklarer Grundlage, was später zu einer ganzen Reihe von Arbeitsrechtsprozessen führte. Seit 1989 hatten wir bis in den Anfang der 90iger Jahre durch die Schwierigkeiten des Überganges eine hochgradig verunsicherte Lehrerschaft und auch eine heftige öffentliche Debatte darüber, wie zukünftig „gute Schule“ zu gestalten sei. Einige dieser Diskussionen führen wir bis heute.

Das staatliche Schulwesen konnte in einem mehrjährigen Prozess in ein modernes, leistungsfähiges, demokratisches Schulwesen überführt werden. Mit einem Vorschaltgesetz, dem Schulreformgesetz, beschloss der Landtag am 24. Mai 1991 die ersten neun, rechtlichen Grundlagen als Gesetz. Die Übergangszeit von 1989 bis zu diesem Zeitpunkt war immer wieder von rechtlichen Unsicherheiten geprägt.

Alle 1990 im staatlichen Schuldienst tätigen Lehrer mussten sich für eine Übernahme in den Landesdienst neu bewerben. Dies hat in der Lehrerschaft z.T. zu großem Unmut geführt, war aber wegen der von mir geschilderten großen Staatsnähe der DDR-Schulen notwendig unvermeidbar. Letztlich wurden nach meiner persönlichen Einschätzung ca. 90% der Lehrer übernommen. Verweigerungen für eine Übernahme waren u.a. die Tätigkeit als sogenannter Ein-Fach-Lehrer, eine Tätigkeit als Lehrer für Staatsbürgerkunde oder als Pionierleiter, sowie besonderes politisches Fehlverhalten, wie z.B. eine nachgewiesene informelle Tätigkeit für die „Stasi“ dem Geheimdienst der SED zur Überwachung der eigenen Bevölkerung. Weil das Land Sachsen-Anhalt aber bezogen auf die Anzahl der zu unterrichtenden Schüler insgesamt zu viele Lehrer hatte, wurden auch sogenannte Bedarfskündigungen ausgesprochen. Diese Gemengelage führte dazu, dass die Überführung des Lehrpersonals der einstigen Einheitsschulen der DDR in das neue, nun gegliederte Schulwesen nach dem Vorbild der Bundesrepublik sich als eines der schwierigsten Kapitel im Prozess der deutschen Einheit ... darstellte.²

Untrennbar verbunden mit der Reform der staatlichen Schulen war eine Lehrerfortbildung, die fachliche Defizite in der Lehrerschaft möglichst schnell beseitigen sollte. So konnten nun endlich die Fremdsprachenlehrer durch Auslandsaufenthalte ihre kulturellen Kenntnisse über die entsprechenden Länder

² Sinn gemäß zitiert nach Schule der Frühaufsteher, 20 Jahre Bildungspolitik in Sachsen-Anhalt S. 137, Markus Weilandt, Böhlau Verlag Köln Weimar Wien 2011

deutlich verbessern und auch ihre Kenntnisse im modernen Sprechen dieser Sprachen erweitern.

Es mussten aber auch Lehrinhalte vollkommen neu vermittelt werden. Dies galt für Fächer, die vorher gar nicht unterrichtet wurden. Ich hatte schon den Staatsbürgerkundeunterricht erwähnt, der abgeschafft wurde. Neu eingeführt wurde der Sozialkundeunterricht. Sämtliche in diesem Fach lehrende Lehrer mussten aber erst ausgebildet werden. Diese geschah z.T. berufsbegleitend, oder sie kamen aus den alten Bundesländern. Gleiches galt für die wertebildenden Fächer Ethik, katholische Religion und evangelische Religion. Bei Bedarf kann ich hierauf in der Diskussion näher eingehen.

Anrede,

wie reagierten die Schülerinnen und Schüler auf die Veränderungen in ihren Schulen? Ich denke, je jünger die Kinder waren, desto unkomplizierter nahmen sie die Veränderungen auf. Unsere Tochter, die damals 11 Jahre alt war, berichtete uns eines Tages: „In unserem Klassenzimmer haben sie das Bild von Erich Honecker abgehängt. Dort hängt jetzt ein Blumenbild.“ Honecker war damals der Staats- und Parteichef. „Wir sagen auch nicht mehr „Seid bereit – immer bereit“. Das war der Gruß der sozialistischen Jugendorganisation. „Wir sagen jetzt „guten Morgen“. Das ist auch besser so.“

Freilich gab es in den höheren Klassen für manchen Lehrer schwierige Diskussionen, wenn die Schüler ihn fragten, warum er denn in gesellschaftlichen Fragen heute eine ganz andere Meinung vertrete, als noch vor wenigen Wochen. Wie die Diskussion ausging, hing entschieden von der persönlichen Glaubwürdigkeit der Lehrkraft ab.

Als es nicht mehr gefährlich war, an den Montagsdemonstrationen teilzunehmen, nahmen wir auch unsere Tochter mit. „Montagsdemonstrationen“ deshalb, weil diese friedlichen Protestversammlungen über Wochen und Monate hinweg an Montagsabenden stattfanden. Auf einer dieser Demonstrationen sagte dieses kleine Mädchen zu mir: „Papa, kann das sein, dass ich hierüber mal etwas in unserem Geschichtsbuch lesen kann?“ Da war mir mit etwas Stolz bewusst, dass das Mädchen begriffen hatte, an welchem geschichtlich seltenen Ereignis es teilnehmen durfte.

Ich denke, viele Kinder und Jugendliche haben damals ähnliche Erfahrungen gemacht.

Anrede,

ich habe schon das Stichwort, Lehrer aus den alten Bundesländern eingeführt. Mit der deutschen Einheit kamen viele sogenannte Aufbauhelfer aus dem alten Bundesgebiet in das Gebiet der ostdeutschen Bundesländer. Diese personelle Aufbauhilfe hat uns unendlich viel genutzt. Es sind auch viele neue Freundschaften entstanden, die bis heute halten. Viele Menschen haben erfolgreich ihren Lebensmittelpunkt dauerhaft neu im Osten Deutschlands gefunden. Es sind aber auch einige Probleme entstanden, die ich nicht verschweigen möchte.

Zuerst zum gelungenen Teil der Operation: Ich erwähnte schon zu Anfang, dass wir in großen Teilen der DDR westlichen Rundfunk hören und westliches Fernsehen

sehen konnten. Auch waren in den 80iger Jahren zunehmend „Familienbesuche in dringenden Angelegenheiten“ von DDR-Bürgern in der BRD möglich. Ich selber konnte z.B. für einige Tage zum 70. Geburtstag meines Onkels in den Westen fahren. Dort merkte ich, dass ich im Großen und Ganzen ganz gut über den Westen informiert war. Ich kam nicht in eine Welt, in der ich mich nicht zurecht fand. Etwas ganz anders ist es aber, sich schnell in einem in großen Teilen ganz anderem Rechtssystem sicher zurecht zu finden.

Anrede,

die deutsche Wiedervereinigung war rechtlich der Beitritt der DDR zum bisherigen Bundesgebiet. Der Beitritt wurde 1990 hauptsächlich geregelt im Vertrag über die „Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion“ und im „Einigungsvertrag“. Praktisch galt, bis auf wenige Ausnahmen, ab dem 3. Oktober 1990 das volle bundesdeutsche Recht bis zur letzten Verwaltungsvorschrift auch für den ganzen Osten Deutschlands. Da fand sich kaum ein Ostdeutscher einigermaßen sicher zurecht.

Anrede,

es gab eine Diskussion über die Frage, ob die DDR der Bundesrepublik beitreten solle, oder ob über eine Verfassungsdiskussion die gesamtstaatlichen Grundlagen Deutschlands vollkommen neu bestimmt werden sollten. Die Beschleunigung der Ereignisse und meine Erfahrungen als Betriebsrat führten auch mich persönlich rasch zur Einsicht, dass wir schnell Rechtssicherheit über einen Beitritt erreichen sollten. Und so geschah es ja dann auch. In der Diskussion bin ich gerne bereit, zu dieser Frage noch nähere Ausführungen zu machen.

Es gibt ferner bis heute eine Diskussion, ob die friedliche Revolution denn überhaupt eine „Revolution“ war oder ob die Ereignisse von 1989/90 nicht besser als „politische Wende“ bezeichnet werden sollten. Für letztere Interpretation spricht, dass der normalerweise bei einer Revolution erfolgte Elitenwechsel längst nicht in allen Betrieben und Institutionen erfolgte. So mancher Funktionär konnte sich recht schnell und erfolgreich an die neuen politischen Verhältnisse anpassen, was wiederum von Teilen der Bevölkerung als ungerecht empfunden wurde. Der Volksmund prägte damals das Wort „Wendehals“. Der Wendehals ist ein etwa 17 cm langer, graubraun gefiederter Vogel, der bei uns heimisch ist, der aber nach meiner Kenntnis in Korea nicht vorkommt. Sein Name rührt daher, dass er seinen Hals um 180 Grad drehen, also wenden kann. Das kann nicht jeder. Und Menschen die 1989/90 sehr schnell ihre politische Meinung und ihr Verhalten um 180 Grad wenden konnten, bekamen diesen politischen Schimpfnamen zugesprochen.

Anrede,

kommen wir zurück zur Verwaltungshilfe aus den alten Bundesländern. Seit Oktober 1990 bin ich Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt. In der ersten Wahlperiode von 1990 bis 1994 haben wir 201 Gesetze beschlossen, von denen ich von einigen vorher noch nicht einmal den Namen kannte, geschweige die Notwendigkeit, dass man diese Gesetze überhaupt braucht. Um diese Aufgabe schnell bewältigen zu

können, waren Berater und Helfer aus den alten Ländern nötig. Um diese neue Landesverwaltung schnell rechtssicher umsetzen zu können brauchten wir Verwaltungshelfer in fast allen Behörden des Landes. Diese Hilfe hat im Allgemeinen auch gut funktioniert. Sie können das daran ablesen, dass wir im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands längst nicht so viele Transformationsschwierigkeiten, bis hin zu Unruhen hatten, die so manches andere osteuropäische Land zeitweilig erschütterten. Die deutsche Einheit ist deshalb auch immer wieder zu Recht als Erfolgsgeschichte bezeichnet worden.

Aber der Teufel steckt manchmal im Detail: Anfang der 90iger Jahre verdiente man für die gleiche Tätigkeit im Osten Deutschlands nur etwa 35% dessen, was man dafür im Westen Deutschlands bekam. Volkswirtschaftlich wegen der noch geringeren Produktivität durchaus vernünftig, für den einzelnen Bürger persönlich schnell ärgerlich. Hinzu kam, dass einige aus den alten Ländern die Chance, als Aufbauhelfer zu wirken auch als persönlichen Karrieresprung ergriffen, der ihnen in den alten Ländern vielleicht so nicht gelungen wäre. Und der Kollege aus dem Osten am benachbarten Schreibtisch, nicht weniger leistungsfähig, nicht weniger intelligent, aber durch 40 Jahre DDR in seinem Wissen benachteiligt, schafft diesen Karrieresprung so nicht oder noch nicht. Da hat es nicht nur manchmal böses Blut gegeben.

Anrede,

Meine Erfahrung aus dieser Zeit ist: Wenn Aufbauhelfer als ehrliche Helfer angenommen werden wollen – und diese Notwendigkeit ist ein wichtiger Teil einer nachhaltig erfolgreichen Hilfe – dann müssen sie sich ganz auf diese neue Wirklichkeit einlassen. Sie müssen nach einer gewissen Zeit bereit sein, in dieses für sie neue Land umzuziehen. Sie müssen ihre Brötchen, in Korea sagt man vielleicht ihren Reis, dort kaufen wo alle Einheimischen dieses tun. Sie müssen in den selben Vereinen und Verbänden ehrenamtlich tätig sein, in denen die Einheimischen tätig sind. Sie müssen in den selben Kirchengemeinden Mitglied werden in denen die Einheimischen Mitglied sind. Wer dies gemacht hat, ist auch in der Regel gut angekommen und hat auch seine Aufbauarbeit gut erledigen können, weil er das Leben der Menschen richtig verstanden hat. Wer das nicht gemacht hat, hat die Gedankengänge so mancher Ostdeutscher bis heute nicht verstanden und konnte deshalb auch nicht so richtig helfen.

Die Gehaltsunterschiede zwischen West und Ost sind inzwischen weitgehend ausgeglichen. Die Zeit der Angleichung hat aber deutlich länger gedauert, als die meisten von uns 1990 erwartet hatten. Wir rechneten damals mit fünf bis maximal zehn Jahren. Heute gehen wir davon aus dass dieser Prozess wohl bis 2020 im Wesentlichen abgeschlossen sein wird. Aber auch dann werden noch spezielle Hilfen nötig sein. Der Weg der wirtschaftlichen Angleichung war und ist ein steiniger. Sachsen-Anhalt hat heute ca. 65% des BIP westlicher Bundesländer erreicht³. Unsere Steuerdeckungsquote im Landeshaushalt⁴ beträgt ca. 55%. Der Rest sind weiterhin Transferleistungen des Bundes, aus dem Länderfinanzausgleich und aus der Europäischen Union.

³ Tabelle in absoluten Zahlen siehe Anhang

⁴ Pressemitteilung Nr. 326/2014 Tabelle 2 vom 15.07.2014 der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt

Anrede,

wie geschieht der Umgang mit der deutschen Geschichte an unseren Schulen?

In den Schulen der DDR wurde ab der fünften Klasse Geschichtsunterricht erteilt. Dabei wurde ein marxistisch-leninistisches Geschichtsbild vermittelt, das die Geschichte der Menschheit als eine Folge von Klassenkämpfen interpretierte. Die menschliche Gesellschaft entwickelte und entwickelt sich gesetzmäßig von Stufe zu Stufe, von der Urgemeinschaft über die Sklavenhaltergesellschaft hin zur Feudalgesellschaft des Mittelalters. Dann kam der Kapitalismus mit seinem höchsten Stadium dem Imperialismus. Kapitalismus und Imperialismus werden durch Revolutionen der Arbeiterklasse gestürzt. Diese Arbeiterklasse baut dann unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei, das war in der DDR die SED, den Sozialismus auf, der schließlich in den Kommunismus münden wird. Dann befindet sich die Menschheit im Himmelreich, sage ich einmal spöttisch.

Alle konkreten geschichtlichen Ereignisse wurden mit mehr oder weniger interpretatorischer Gewalt in dieses recht übersichtliche Schema eingeordnet. Viele wollen es heute nicht mehr so recht wahrhaben, aber dieses recht einfache Schema wurde in 40 Jahren Diktatur von einer recht großen Anzahl von Menschen soweit verinnerlicht, dass sie 1989/90 etwas ratlos fragten, ob denn das überhaupt ginge, dass wir uns jetzt wieder „zum Kapitalismus zurückentwickelten“, wo doch nach dem Sozialismus eigentlich der Kommunismus kommen müsste.

Anrede,

nach diesen Ausführungen ist sofort klar, dass der Geschichtsunterricht an den Schulen einer gründlichen Umgestaltung bedurfte. Dieses ist auch geschehen, so dass heute ein differenziertes Geschichtsbild in den Schulen vermittelt wird. Die Lehrer mussten sich entsprechend fortbilden. Auch wurden große Anstrengungen unternommen über die öffentlich rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten auf bisher vernachlässigte und falsch dargestellte geschichtliche Ereignisse einzugehen. Große Landesausstellungen machten einem großen Teil der Bevölkerung bewusst, welche bedeutenden geschichtliche Vorgänge ihm bisher vorenthalten wurden oder in ihrer Bedeutung völlig heruntergespielt wurden. In Magdeburg, unserer Landeshauptstadt, fand 2006 eine große Ausstellung des Europarates und des Landes Sachsen-Anhalt statt. Das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation 962 bis 1806. Von Otto dem Großen bis zum Ausgang des Mittelalters“. Viele Magdeburger interessierten sich anfangs nicht sonderlich dafür. Als Ihnen aber bewusst wurde, dass viele Menschen aus ganz Europa, ja auch aus Übersee nach Magdeburg kamen, um diese Ausstellung zu sehen und die Besucherschlange vor dem Museum nicht abbrach, da dämmerte es fast allen, dass sie doch wohl in einer Stadt mit einer großen Geschichte wohnen müssten.

Schwierig bis heute ist für eine beachtliche Anzahl von Menschen der Umgang mit der Geschichte zweier Diktaturen im 20. Jahrhundert. In Deutschland herrschte ab 1933 der Nationalsozialismus, der für die Verfolgung der Juden und deren Vernichtung, sowie den 2. Weltkrieg verantwortlich ist. Jeder in Südkorea wird wissen, dass Deutschland und Japan damals Verbündete waren. Der Faschismus wurde besiegt, aber der östliche Teil Deutschlands geriet fast übergangslos von der

nationalsozialistischen Diktatur in die Fänge einer sozialistischen Diktatur. Kann und darf man diese beiden Diktaturen miteinander vergleichen? Hannah Ahrendt hat auf diese Frage die für mich überzeugende Antwort gefunden: „ Wir dürfen das Leid dieser Diktaturen nicht gegeneinander aufrechnen, wir müssen es addieren.“⁵

Was haben diese Ausführungen mit dem schulischen Geschichtsunterricht zu tun? Sehr viel! Die Kinder und Jugendlichen, die in den 90iger Jahren zur Schule gingen, haben ihre Geschichtslehrer gefragt, wie sie denn vor 1989 Geschichte unterrichtet hätten und welche Geschichtsauffassung denn nun die wahre sei. So manchem Lehrer war eine solche Frage peinlich. Lehrer, die offen mit dieser Frage umgehen konnten, die sagten, dass auch sie hinzugelernt hätten, und dass man vor 1989 manche geschichtlichen Wahrheiten einfach nicht aussprechen durfte, weil man sonst seinen Lehrerberuf aufgeben musste, konnten aus diesen Diskussionen auch gestärkt hervorgehen. Wer dies nicht tat, konnte jedoch seine Autorität selber nachhaltig schädigen. Deshalb brauchten Lehrer auch persönliche Hilfe, wie sie sich ihrer eigenen Biografie stellen sollten. Bis vor einigen Jahren hat es immer noch Schulklassen und ganze Schulen gegeben, die sich davor gescheut haben, Gedenkstätten der Opfer des Stalinismus zu besuchen und damit notwendigerweise eine Diskussion mit ihren Schülern über aufrechtes Verhalten in einer Diktatur zu führen.

Heute können wir diese Diskussionen wesentlich sachlicher führen. Kinder, die heute zur Schule gehen, haben keine persönlichen Erinnerungen an die Zeit der sozialistischen Diktatur, da sie damals noch nicht auf der Welt waren. Für sie sind beide deutsche Diktaturen weit entfernte Geschichte. Diese „Gnade der späten Geburt“ gibt bestimmt auch neue Chancen im Umgang mit deutscher Geschichte.

Wichtig ist der Blick nach vorn. Wir wollen, dass Europa so eng zusammenwächst, dass seine Völker nie wieder gegeneinander Krieg führen können. Entscheidende Beiträge hierzu lieferten das deutsch-französische und das deutsch-polnische Jugendwerk. Jugendliche benachbarter Völker, die sich einander kennen- und schätzen gelernt haben, sind nur noch schwer dazu zu bewegen, gegeneinander Krieg zu führen. So jedenfalls ist unsere Hoffnung.

Anrede,

nun möchte ich noch einige Ausführungen zu einer wichtigen Ergänzung des staatlichen Schulwesens machen, dem sogenannten Ersatzschulwesen. Das sind Schulen in freier Trägerschaft, also nicht vom Staat betriebene und verantwortete Schulen. Sie sind meist in der Hand von Kirchen, Stiftungen oder Vereinen und Verbänden oder wurden von Privatpersonen gegründet und werden von diesen betrieben.

Wie schon ausgeführt, war der Aufbau eines modernen, demokratischen Bildungswesens eine der Hauptforderungen der friedlichen Revolution. Aber wie schnell wird dieses gelingen, fragten sich viele Eltern. So stellten sich auch meine Frau und ich ganz persönlich diese Frage für unsere eigene Tochter, die damals die fünfte Klasse einer allgemeinbildenden Schule besuchte.

⁵ Sinngemäßes Zitat

Da las ich im Juni 1990 in einer Tageszeitung, dass interessierte Eltern und Lehrer von einer Initiative eingeladen werden, über die Gründung einer freien Schule nachzudenken. Aus Interesse besuchte ich diesen Abend. Zwei ältere Damen hatten dazu eingeladen. Die eine war die Frau eines pensionierten Bischofs einer Kirche, die andere deren Schwägerin, die vor Jahren in den alten Ländern selber eine freie Schule gegründet und erfolgreich geführt hatte.

An diesem Abend sprang der Funke über, dass es gelingen könnte, eine Initiativgruppe zu gründen, die sich dieser Aufgabe annimmt und dass es sich lohnen könnte, eine Schule zu gründen und zu führen, wie wir sie uns schon immer gewünscht hatten.

Freilich weiß jeder, der für Schule Verantwortung trägt, dass eine solche Gründung ein schwieriges Unternehmen ist. Wir wussten von vielen der auf uns wartenden Probleme zum Glück nichts und stürzten uns in das Abenteuer. Ich war damals schon Mitglied des Landtages, also Abgeordneter. Da vermutete die Gründungsversammlung im Oktober 1990 bei mir die dafür nötige Kompetenz und so wurde ich, ohne mich groß wehren zu können, zum Vorsitzenden des Gründungsvereines gewählt. Heute bin ich immer noch stellvertretender Vorsitzender des Trägervereines dieser Schule. Unsere Tochter hat in dieser Schule noch sieben Jahre gute Schule besuchen können und ist inzwischen selber Lehrerin aber an einer anderen Schule.

Ich erzähle Ihnen diese Geschichte, weil in einer Wendezeit oder Revolutionszeit genügend Aufbruchstimmung vorhanden ist, die genutzt werden sollte. Bei unserer Schulgründung waren es interessierte Eltern, Lehrer, die endlich gute Schule machen wollten, engagierte Personen des öffentlichen Lebens und nicht zu vergessen, zwei engagierte ältere Damen, von den die eine Erfahrungen im Aufbau und Leitung einer Schule hatte. Die ältere Dame war zwar kein Aufbauhelfer aus den alten Ländern. Sie erhielt für diese Tätigkeit keinen einzigen Cent, aber sie hatte das Fachwissen, was wir aus dem Osten noch nicht hatten. Sie hatte auch den nötigen Patriotismus, im vorgerückten Alter ihrem bis vor kurzen geteilten Vaterland noch einmal einen großen Dienst erweisen zu können. Das Geheimnis einer gelungenen Schulgründung ist auch hier die Erfahrung: Man braucht Engagement der betroffenen Bürger vor Ort, die dort aufgewachsen sind, und man braucht kompetente Hilfe von außen, die Ratschläge gibt aber nicht bevormundet.

Freilich darf und muss weiter hinzugefügt werden, dass die damalige Regierung selber die Gründung von Schulen in freier Trägerschaft tatkräftig gefördert hat. Sie wollte selber ein funktionierendes Ersatzschulwesen, damit eine Pluralität der Bildungsträger erreicht wird. Freie Schulen und staatliche Schulen stehen in gewisser Weise zueinander im Wettbewerb. Wenn dieser Wettbewerb geordnet abläuft, fördert er Innovationen in den Schulen. Die alte Weisheit „Konkurrenz belebt das Geschäft“ gilt auch hier.

Anrede,

schauen wir einmal über den Bereich der Bildungspolitik hinaus und fragen noch einmal, was hat eigentlich die friedliche Revolution oder die Wende 1989/90 ermöglicht, so gibt es eine ganze Reihe von Vorgängen, die das alte Regime so

erodieren ließen, dass es bei seinem Sturz keinen gewaltsamen Widerstand mehr leistete.

Die Führung der DDR war eifrigst darauf bedacht, international als zweiter deutscher Staat anerkannt zu werden. Dieses wurde ihr lange verwehrt, gelang ihr aber zunehmend in den 60iger und 70ziger Jahren. 1972 gelang der Abschluss von Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD zum „Grundlagenvertrag“, genauer zum „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.“ In ihm wurde auch vereinbart, dass sich beide Staaten um die Aufnahme in die UNO bewerben sollen, was schließlich auch 1973 zur Aufnahme beider Staaten führte. Mit dem Grundlagenvertrag gelang eine Normalisierung im Verhältnis beider Länder zueinander, ohne, dass die Bundesrepublik ihren Anspruch auf Wiedervereinigung aufgegeben hatte.

Im Zuge der weltweiten Entspannungspolitik sowie nach Inkrafttreten der Ostverträge und des schon erwähnten Grundlagenvertrages wuchs dann in Ost und West das Interesse an einer weitreichenden Verständigung. Diese Verständigung mündete in die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). 1975 konnte die KSZE-Schlussakte in Helsinki unterschrieben werden. Die politische Bewertung fiel damals sehr unterschiedlich aus. Die freie Enzyklopädie WIKIPEDIA wertet den Abschluss heute wie folgt:

„Die Konferenz war von einem Tauschgeschäft geprägt: Für den Ostblock brachte sie die Anerkennung der Grenzen der Nachkriegsordnung und einen stärkeren wirtschaftlichen Austausch mit dem Westen. Im Gegenzug machte der Osten Zugeständnisse bei den Menschenrechten.

Unmittelbar nach der Konferenz galt in den Augen vieler Beobachter der Ostblock als eigentlicher Gewinner der Konferenz, da erstmals die Grenzen der osteuropäischen Staaten (insbesondere Polens und der DDR) in einem internationalen Vertrag anerkannt wurden, das Prinzip der „Nichteinmischung“ in die inneren Angelegenheiten festgeschrieben und auch die Grundlagen für (vom RGW-Raum gewünschte) Wirtschaftsbeziehungen geschaffen wurden.

Erst später zeigte sich, dass der sich mit den Menschenrechten befassende Teil, der von den RGW-Staaten wohl zunächst nicht ernst genommen worden war, ein größeres Gewicht besaß. Er war Grundlage für die Arbeit vieler osteuropäischer Dissidenten und Menschenrechtsorganisationen. Dazu zählen zum Beispiel die Bürgerrechtsbewegung in der DDR, die Charta 77 in der ČSSR oder Human Rights Watch, die sich auf die Akte von Helsinki beriefen. Sie trugen zum Zusammenbruch des Ostblocks bei, so dass die KSZE maßgeblich zum Ende des Ost-West-Konflikts beitrug.“⁶

Ich kann mich dieser Bewertung anschließen.

Ab Mitte der 70iger Jahre gelang es mehr und mehr, sich in Menschenrechtsfragen mit Erfolg als Bürger der DDR auf Verpflichtungen berufen zu können, die die DDR

⁶ http://de.wikipedia.org/wiki/Konferenz_%C3%BCber_Sicherheit_und_Zusammenarbeit_in_Europa, heruntergeladen am 27.08.2014

mit der Unterzeichnung der Schussakte eingegangen war. Der Austausch von Menschen, Informationen und Meinungen zwischen Ost und West nahm deutlich zu. Diese vermehrten menschlichen Begegnungen und der zunehmende Informationsaustausch waren nach meiner festen Auffassung der Beginn eines Prozesses, der die Zivilcourage der Bürger der DDR stärkte, die Funktionäre der SED zunehmend in argumentative Schwierigkeiten brachte und die Forderung in der DDR-Bevölkerung nach Freiheit, insbesondere Informations- und Reisefreiheit enorm verstärkte und - nicht zu vergessen - jedem vor Augen führte, dass ein besseres und effektiveres wirtschaftliches System möglich sei, das nicht die immer wieder als Schreckgespenst propagierte „gnadenlose kapitalistische Gesellschaft“ ist, sondern eine soziale Marktwirtschaft, in der jeder seinen Platz finden kann.

Ohne Helsinki-Akte hätte auch ich wohl nicht, wie schon erwähnt, meinen Onkel zum 70. Geburtstag im Westen Deutschlands besuchen und Erfahrungen der Freiheit machen können. Also das Ermöglichen von menschlichen Begegnungen trug im bedeutenden Maße zur Destabilisierung des Regimes bei. Aber auch die vielen Pakete, die versandt wurden, waren den Menschen im Osten eine große Hilfe. Sie bewahrten das Zusammengehörigkeitsgefühl über viele Jahre der Trennung und knüpften auch neue Bande, denn längst nicht jeder DDR-Bürger hatte Verwandte im Westen Deutschlands.

Anrede,

„Habt keine Angst“, riefen die Demonstranten der friedlichen Revolution 1989. Heute ist die Freiheit in Deutschland ein so selbstverständliches Gut, dass an seinen unschätzbaren Wert immer wieder erinnert werden muss. Materiell geht es fast allen Bürgern deutlich besser als vor 25 Jahren. Es will kaum jemand die alten, sozialistischen Verhältnisse zurück, selbst die meisten ehemaligen Funktionäre des alten Regimes wollen dieses nicht. Für alle jetzt zur Schule gehenden Kinder ist die Vereinigungsgeschichte einfach Geschichte. Der wirtschaftliche Aufholprozess Ostdeutschlands dauert jedoch deutlich länger, als dies selbst Pessimisten 1990 gedacht hatten.

Insgesamt zählt die Wiedervereinigung aber zu den glücklichsten Ereignissen der jüngeren deutschen Geschichte.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Jürgen Scharf

Es gilt das gesprochene Wort

Anhang

Wirtschaftskraft in Deutschland 2013 nach Bundesländern			
Bundesländer	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen		Bevölkerung insgesamt
	je Einwohner	insgesamt	
	EUR	Mrd. EUR	1.000
Berechnungsstand August 2013/Februar 2014.			
Quelle: Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder«.			
Baden-Württemberg	37.472	407,2	10.868,1
Bayern	38.429	488,0	12.698,3
Berlin	30.642	109,2	3.563,3
Brandenburg	23.751	59,1	2.489,3
Bremen	43.085	28,6	663,3
Hamburg	53.611	97,7	1.823,0
Hessen	38.490	235,7	6.123,3
Mecklenburg-Vorpommern	22.817	37,1	1.624,3
Niedersachsen	30.149	239,0	7.926,5
Nordrhein-Westfalen	33.621	599,8	17.838,4
Rheinland-Pfalz	30.420	121,6	3.996,7
Saarland	31.834	32,1	1.007,0
Sachsen	24.226	99,9	4.123,4
Sachsen-Anhalt	23.196	53,0	2.285,1
Schleswig-Holstein	27.684	78,7	2.842,9
Thüringen	23.168	51,0	2.202,8
Deutschland	33.355	2.737,6	82.075,5
alte Bundesländer ohne Berlin	35.391	2.328,3	65.787,4
neue Bundesländer ohne Berlin	23.585	300,1	12.724,9